



Antrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner AfD**

Erhalt und Stärkung des Beutelsbacher Konsenses in bayerischen Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Beutelsbacher Konsens an bayerischen Schulen als politik-didaktischen Leitfaden zu erhalten und aktiv zu stärken, um gegen ideologische Bestrebungen in der Bildungspolitik gewappnet zu sein.

Eine entsprechende Verordnung durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus soll auf den Weg gebracht werden.

Begründung:

In der Ausgabe vom 28. November 2022 der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“¹ der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), einer Behörde des Bundesministeriums des Innern und für Heimat, wird in einem Beitrag zweier politisch sehr weit links verorteter Autoren die Aufkündigung des Beutelsbacher Konsenses gefordert.

Der Beutelsbacher Konsens regelt seit über 50 Jahren die Grundprinzipien für politische Bildung in der Schule. Die leitenden Prinzipien sind erstens das Überwältigungsverbot, das heißt Schüler dürfen nicht indoktriniert werden. Zweitens, kontroverse Meinungen in Wissenschaft und Politik müssen auch im Unterricht kontrovers debattiert werden. Drittens, der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, und sich am politischen Prozess zu beteiligen.

Die Autoren des links-progressiven Pädagogik-Vereins I-Päd halten davon nichts. Sie behaupten zum Beutelsbacher Konsens, dessen „vermeintliche Neutralität führt dazu, dass diskriminierende Strukturen normalisiert, legitimiert, aufrechterhalten oder verstärkt werden. Im Gegensatz dazu sind wir der Ansicht, dass politische Bildnerinnen und Bildner gegenüber (...) diskriminierenden und menschenfeindlichen (...) Positionen klar Stellung beziehen, also parteilich sein müssen“ (S. 18f). Mit anderen Worten: Den Schülern sollen künftig einseitig dezidiert linke politische Positionen im Unterricht beigebracht werden.

Gegen den Beutelsbacher Konsens wird faktisch bereits seit Jahren auch an bayerischen Schulen vielfach verstoßen. So werden Kinder bereits in der Grundschule mit unterschiedlichsten „geschlechtlichen Identitäten“, sexuellen Praktiken und „Orientierungen“ konfrontiert. Ihnen werden m. E. unbewiesene Behauptungen als wissenschaftliche Tatsachen vorgesetzt, so z. B., dass es mehr als zwei Geschlechter gäbe.

Wenn jetzt der Beutelsbacher Konsens in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung als nicht mehr adäquat angesehen wird, ist eine gefährliche neue Stufe der Beeinflussung junger Menschen erreicht. Diesen Rückfall in Zeiten indoktrinierender Staatsbürgerkunde dürfen wir nicht zulassen.

¹ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/politische-bildung-2022/515534/politische-bildung-in-der-und-fuer-die-demokratie/>

Die Staatsregierung wird aufgefordert, erneut die Wichtigkeit des Beutelsbacher Konsenses in der politischen Bildung an der Schule zu betonen. Darüber hinaus ist eine Stärkung der im Beutelsbacher Konsens verankerten politik-didaktischen Leitprinzipien anzustreben, damit den Schülern in Bayern keine Ideologisierung in der Bildung droht.